beschluß beschließen würde. Von französischer Seite war nunmehr auf Grund dieser Tatsache die Behauptung aufgestellt worden, Deutschland sei nicht nur verpflichtet, Listen über seine Luftschiffahrt zu führen, sondern müssen diese auch jederzeit zur Verfügung des Völkerbundes halten. Dieser Standpunkt ist von deutscher Seite grundsätzlich abgelehnt worden, da nach Artikel 213 des Versailler Vertrages Kontrollmaßnahmen des Völkerbundsrates nur auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses vorgenommen werden können.

•

In seiner Freitag-Sitzung hat der Rat auf einen Vorschlag, den Reichsminister Stresemann in seiner Eigenschaft als Berichterstatter für wirtschaftliche Angelegenheit machte, beschlossen, im Spätherbst dieses Jahres in Genf eine diplomatische Konferenz von Regierungsvertretern zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention behufs Abschaffung der Verbote und Einschränkungen für Aus- und Einfuhr einzuberufen. Das Datum dieser Konferenz, an der auch Nichtmitglieder des Völkerbundes teilnehmen sollen, wurde vorläufig auf den 1. November festgesetzt.

Gleichzeitig wurde auf Antrag von Dr. Stresemann der Tätigkeitsbericht des Wirtschaftsausschusses genehmigt und grundsätzlich dessen Vorschlägen zugestimmt, im nächsten Jahre eine internationale Konferenz amtlich tätiger Statistiker zwecks Vereinheitlichung der Wirtschaftsstatistik abzuhalten.

Nochmals der Fall Graff

Ein Brief Vanderveldes an Stresemann.

Berlin, 12. März. Aus Brüssel wird gemeldet, daß Vandervelde an Stresemann einen Brief geschrieben hat, in dem er sagt, daß er die Begnadigung der Mörder des Leutnant Graff außerordentlich bedaure, da Berlin den gegebenen Versprechungen nicht Rechnung getragen habe.

Von unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, daß der in der belgischen Note gegen das Verhalten der deutschen Regierung erhobene Vorwurf nicht begründet ist. Umwandlung der vom Schwurgerichtshof in Stettin über die beiden deutschen Polizeibeamten verhängten Todesstrafe in eine 10jährige Gefängnisstrafe entspricht der in derartigen Fällen befolgten Gnadenpraxis der deutschen Justiz und wird in der Tat für eine angemessene Sühne angesehen werden müssen. Die Verpflichtung, die die deutsche Regierung der belgischen Regierung gegenüber übernommen hat, ist daher in jeder Beziehung eingehalten worden. Die belgische Note wird entsprechend beantwortet werden.

Stresemann bei Zaleski

Genf, 12. März. Reichsminister Dr. Stresemann stattete gestern nachmittag dem polnischen Minister des Aeußern Zaleski den ursprünglich bereits für Donnerstag vorgesehenen Gegenbesuch ab, der etwa eine Stunde dauerte.

Deutschland und Rumänien

Beilegung der wirtschaftlichen Differenzen?

Berlin, 12. März.

Bekanntlich wird die normale Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rumänien und Deutschland durch die bereits seit fünf Jahren bestehende Auseinandersetzung zwischen der rumänischen und der deutschen Regierung über die Banca-generala-Noten gestört. Es handelt sich dabei um die Abgeltung von Ansprüchen, die Rumänien aus der Notenausgabe herleitet, die Deutschland während der Besetzung Bukarests im Weltkriege vorgenommen hat. Da die rumänische Regierung sich nicht bereit erklärt hat, die Frage entsprechend einem Vorschlag der Reparationskommission durch ein Schiedsgericht zu regeln, wird gegenwärtig angestrebt, mit Hilfe von privaten Finanzkreisen einen Ausgleich zu finden. In der letzten Zeit hat sich nunmehr ein Vorschlag herausgebildet, für den jedoch die Genehmigung der beiden Regierungen aussteht. **Dieser Vorschlag geht im Großen dahin, daß Rumänien einen Gesamtkredit von 200 Millionen Mark erhält, die in 10 Jahresraten bezahlt werden sollen.** Dieser Kredit setzt sich folgendermaßen zusammen:

1. **100 Millionen Mark** werden für Industrielieferungen **kreditiert, von denen** Zweidrittel auf Eisenbahnlieferungen **entfallen.**
2. 40 **Millionen Mark** werden in Form einer direkten Anleihe gewährt und
3. **Die an Rumänien in den** nächsten drei Jahren zu zahlenden Reparationsleistungen werden in einem Gesamtbetrage von **60 Millionen Mark** sofort zur Verfügung gestellt, so daß **hiermit die gesamten** Reparationsleistungen in einem Jahre **durchgeführt werden.**

Nach diesem Amortisationsplan wird Rumänien verpflichtet, vom **vierten Jahre an je 20** Millionen Mark zurückzuzahlen. Dieser **Gesamtfinanzplan soll** von privater Seite durchgeführt werden, **jedoch übernimmt die** deutsche Regierung hierbei in ähnlicher **Weise wie bei dem Kreditabkommen** mit der Sowjetregierung **eine Ausfallgarantie.**

Wie verlautet, ist während der Genfer Ratstagung die **Regelung des Konfliktes wesentlich** näher gerückt. Stresemann **hat mit dem Londoner** rumänischen Gesandten Titulescu über **die Frage verhandelt.** Man glaubt, daß auf Grundlage **dieser Besprechungen die** Zustimmung der zuständigen **Regierungen zu dem industriellen** Kreditplan erreicht werden wird.

Feme-Prozeß Wilms

Berlin, 12. März.

Der Prozeß wegen der Ermordung des Feldwebel **Wilms hat gestern vor dem** Landgericht 3 Moabit begonnen. Der Antrag **der Verteidiger auf** Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde **abgelehnt. Die Verteidiger,** die mit Niederlegung ihrer **Mandate gedroht hatten, nahmen** doch an der Verhandlung teil.

Zunächst wurde der Angeklagte Oberleutnant Schulz vernommen, **Schulz, der von der Anklage** beschuldigt wird, den Befehl **zur Ermordung des Wilms** gegeben zu haben, bestritt das energisch. **Er erinnere sich nur,** ein Protokoll gelesen zu haben, nach dem **ein Feldwebel Wilms** etwas gestohlen hatte; an weiter könne **er sich aber nichts** erinnern.

Im **Widerspruch dazu stand** die Aussage des Leutnants Stantien, **der Wilms verhaftet** hat. Stantien schilderte sehr genau **und eingehend, daß er eines** Nachmittags, im Juni 1923, von Schulz **den Befehl bekommen** habe, nach Döberitz zu fahren, um dort **einen Mann namens Wilms** zu vernehmen und dann nach der **Zitadelle Spandau zu schaffen.** Das habe er getan. Der Mann hat ihm **seine Verfehlungen,** einen Diebstahl und Versammlungen **zur Gründung eines** Interessenverbandes der Unteroffiziere **eingestanden, und er** habe ihn dann im Auto nach Spandau **gebracht und sich noch** extra von einem Feldwebel die **Dienstpistole geben lassen, um den** Mann richtig bewachen zu können. **Das Protokoll (es befindet** sich jetzt bei den Gerichtsakten) sei **seinen vorschriftsmäßigen** Weg über die Schreibstube gegangen.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Zunächst ziemlich heiteres, verbreitet zeitweise neblig-trübes Wetter. **Flachland sehr** kühl, in den beiden kommenden Nächten Frost. **Oberes Erzgebirge** anhaltender Frost. Im späteren **Verlauf besonders** im Erzgebirge erneut Nebeltrübung **und örtliches Nebelnässen** nicht ausgeschlossen. Schwache **Winde vorwiegend** aus nördlichen Richtungen.

Brauns über seine Sozialpolitik

Der Abschluß der großen sozialpolitischen Aussprache im Reichstag

Berlin, 12. März.

Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge haben am Freitag den Reichstag beschäftigt.

Abgeordneter Krüger (Merseburg, Soz.) übte heftige Kritik an der Art, wie die Reichsbahn den ihr zur Verfügung gestellten Kredit aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge verwendet habe. Die Reichsbahn habe auch ihre Betriebsüberschüsse nicht den Lokomotivenfabriken und ihren Anlagen zugute kommen lassen, sondern der Börse. Wenn aber Aufträge erteilt wurden, so seien durch die Stellung zu kurzer Lieferfristen Ueberstunden erzwungen worden. In Waggonfabriken sei bis zu 80 Stunden, beim Neckarkanal sogar bis zu 96 Stunden in der Woche gearbeitet worden. Da brauche man sich nicht zu wundern, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht abnehme.

Frau Teusch (Zentr.) bezeichnete es als unbedingt notwendig, die für die Erwerbslosenfürsorge erforderlichen Mittel in den Etat einzustellen. Vor dem 1. April sei an ein Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung nicht zu denken. Die Verzögerung der Versicherung mache auch einen Hinweis auf die Not der jugendlichen Erwerbslosen im besonderen erforderlich. Man müsse deshalb die karitativen Einrichtungen zur Berufsschulung und für ähnliche Zwecke stärker unterstützen.

Zur Not der Kleinrentner gab Frau Teusch im Namen der Koalitionsparteien die Erklärung ab, daß sie baldigste Abstellung der bestehenden Mängel herbeiführen wollten. Bis zur dritten Lesung des Etats sollten die Mittel für diese Zwecke noch erhöht werden. In der bestehenden Fürsorgepflichtverordnung solle eine schärfere Ueberwachung der Durchführung der Pflichten der Länder und Gemeinden eingefügt und endlich Grundsätze für die Inanspruchnahme der Fürsorgemittel aufgestellt werden. **Die entsprechenden Anträge kämen im Reichstagsausschuß in nächster Zeit zur Beratung, so daß gleichzeitig mit der Verabschiedung des Etats auch das Fürsorgeverfahren verbessert werden würde.**

Abgeordneter Lemmer (Dem.) lenkte die Aufmerksamkeit des Reichstages besonders auf die Frage der Meliorationen. Leider liege die Ausführung bei den Ländern, die ängstlich an ihren Kompetenzen klebten. Die Tatsache, daß noch immer 200 000 landwirtschaftliche Arbeiter aus Polen in Deutschland beschäftigt seien, müsse bei der großen Erwerbslosigkeit in Deutschland als unerträglich bezeichnet werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

setzte sich mit der Kritik auseinander, die in der Debatte an seinem Ressort geübt worden war. Das Verbot der Selbstversorgung der Krankenkassen sei nicht nur von den Versicherten, sondern auch von den Unternehmern abgelehnt worden. Der Vorzug des deutschen Krankenkassensystems liege gerade in der Verbindung von Geld- und Sachleistungen. Die Krankenversicherung für Seeleute und das Genfer Abkommen über die Unfallentschädigungen würden dem Reichstag umgehend vorgelegt werden. Soweit das Arbeitsministerium auf die Lohngestaltung Einfluß habe, werde es nicht nur einen Ausgleich der Mietsteigerung anstreben, sondern auch eine allgemeine Erhöhung der Kaufkraft der Arbeitnehmer schaffen. In verschiedenen Gewerbegruppen seien übrigens die Löhne nicht unbeträchtlich erhöht worden, vielfach mit Hilfe der Schlichtungsbehörden.

Eine eingehende Aussprache über das Arbeitszeitnotgesetz sei noch verfrüht, aber in einzelnen Angelegenheiten sei man bei dem jetzigen Entwurf noch über das hinausgegangen, was bei Verhandlungen der früheren Regierungskoalitionen vor der letzten Krisis als Grundlage diente. Es handle sich jetzt nur um eine vorläufige Regelung, die endgültige bedürfe eingehender Durchprüfung; sie solle allerdings nicht auf die lange Bank geschoben werden. **Das Notgesetz habe nur den Zweck, Mißbräuche des Ueberstundenunwesens zu beseitigen.** Von allergrößter Wichtigkeit für dieses Ziel werde die Beseitigung der Straffreiheit für freiwillige Mehrarbeit sein. Das Notgesetz werde Arbeitszeithöchstgrenzen aufstellen, innerhalb deren die Einzelfestsetzung Sache der Parteien sei. Die Gestaltung der Arbeitszeit, die ja mit der Lohnbemessung in engem Zusammenhang stehe, könne den Schlichtungsausschüssen nicht entzogen werden.

Die Zahl der Notstandsarbeiten, das könne auch die Kritik nicht bestreiten, sei in letzter Zeit erheblich gestiegen. Sie habe jetzt den Oktoberstand wieder erreicht. Am 1. März habe sich die Zahl der unterstützten Erwerbslosen auf 1 695 000 belaufen gegen 1 827 000 am 21. Februar. Daher umfasse nun die Krisenfürsorge nur etwa 200 000, d. h. etwa 10 000 mehr gegenüber dem Vormonat.

Die Abstimmungen über den Etat des Arbeitsministeriums finden heute statt. Anschließend kommt der Etat des Reichswirtschaftsministeriums zur Beratung.

Die nächsten Aufgaben

Arbeitszeitgesetz — Aufwertungsnovelle — Besoldungsreform.

Berlin, 12. März

Die Verhandlungen über die notgesetzliche Regelung der Arbeitszeit sind den Morgenblättern zufolge am Freitag zwischen den Regierungsfraktionen wieder aufgenommen worden, jedoch wegen der immer noch vorhandenen Gegensätze noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei stehen der „Täglichen Rundschau" zufolge nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein Verzicht auf die freiwillige Mehrarbeit von der Fraktion nicht ausgesprochen werden könne. Ebenso unmöglich erscheint es der Fraktion, das vom Zentrum geforderte Zugeständnis zu machen, d. h. die gesetzliche Festlegung eines schematischen Zuschlages von 25 Prozent auf jede Mehrstunde über den Achtstundentag hinaus.

Der vom Reichsjustizminister angekündigte Gesetzentwurf zur Aufwertungsfrage wird in den ersten Tagen der nächsten Woche den Reichsrat beschäftigen und dann am Freitag im Rechtsausschuß des Reichstages zur Behandlung kommen. Da es sich um schwierige juristische Fragen handelt, kann die Bearbeitung im Plenum des Reichstages sich bis in den April hineinziehen. Das Reichskabinett hat den Gesetzentwurf bereits verabschiedet, und ihn heute durch das zuständige Ministerium den Aufwertungssachverständigen der Fraktionen zugestellt. Der Reichsfinanzminister hat sich angeblich über die in dem Gesetz vorgesehenen Erleichterungen hinaus bereits damit einverstanden erklärt, Kleinrentnern, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, die sofortige Einlösung der Anleiheablösungen zuzugestehen. In den Kreisen der Regierungsparteien rechnet man damit, daß es schon in den nächsten Tagen gelingen wird, über alle diese Dinge eine Einigung zu erzielen.

Das Reichskabinett ist, wie das „Berliner Tageblatt" erfahren haben will, entschlossen, das „Gesetz zur Wiederherstellung des Volksvermögens", das von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungs-Geschädigten und den Mieterorganisationen eingereicht worden ist, nicht zum Gegenstand eines Volksbegehrens machen zu lassen. Der Kabinettsbeschluß wird gefaßt werden, sobald der Reichsjustizminister Hergt die noch ausstehende juristische Begründung dieses Entschlusses fertiggestellt haben wird.

Im Haushaltausschuß des Reichstages wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß die Reichsregierung die Vorarbeiten für eine Neuregelung der Besoldungsordnung sofort in Angriff nehmen und die Neuregelung dann durchführen werde, sobald die Wirtschaftslage es gestattet.

•

Demokratische und sozialdemokratische Abgeordnete, die den Gewerkschaften und Mittelstandskreisen nahestehen, haben im Reichstag gemeinsam einen Antrag eingebracht, in dem zur Bekämpfung hoher Monopolpreise die sofortige Errichtung eines Kartellamtes zur Beaufsichtigung der Kartelle und Syndikate gefordert wird.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern nachmittag u. a. mit dem Subventionsgesuch der Mologa. Eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen, jedoch besteht angeblich grundsätzliche Geneigtheit, eine Subvention in Höhe von 25 Millionen zu erteilen.

Tagung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 12. März.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist heute vormittag zusammengetreten, um die vom Reichstagsplenum gestern in erster Lesung erledigten kleinen Abkommen mit Polen zu behandeln. Der Auswärtige Ausschuß wird sich vermutlich in der nächsten Zeit mit Fragen beschäftigen, die mit dem Bau des Rhein-Schelde-Kanals in Verbindung stehen, da durch die teilweise Internationalisierung der Schelde und nach dem Bau des Rhein-Schelde-Kanals fremden Kriegsschiffen mit geringem Tiefgang die Möglichkeit gegeben werde, bis in das Herz des deutschen Kohlenreviers vorzustoßen.

Dr. Richard Strauß trifft am Sonntag, den 13. März, in Dresden ein und dirigiert am gleichen Abend als erste Vorstellung der Dresdner Richard-Strauß-Tage seine Oper Ariadne auf Naxos.

† **Die Hamburger Strafkammer** verurteilte 7 Kaufleute und eine Frau, die als Mittel gegen Regelstörungen einen harmlosen Tee in ungeheuren Mengen zu hohen Preisen vertrieben, zu Gefängnisstrafen von 2 bis 15 Monaten.

† **Die Strecke Köln—Paris zeitweilig gesperrt.** Infolge Güterzugentgleisung im Tunnel von Chaudefontaine müssen die Züge der Strecke Köln—Paris umgeleitet werden.

Vortragsfolge des Leipziger Senders

Sonntag, 13. März. 8.30: Orgelkonzert aus der Univ.-Kirche. ⊙ 9: Morgenfeier. ⊙ 11: Erich Denker: Der Beruf deines Kindes. Letzter Vortr. ⊙ 11.30: Dipl.-Ing. Hirschbrich: Zur Entwicklung hochm. Baustoffe für Eisenkonstruktionen. ⊙ 12: Volkslieder aus alter Zeit. Mitw.: Eva Jeleitus-Lissmann und Gerhard Jeleitus (Lieder und Duette). ⊙ 3.30: Funkhemzelmann. Uebertr. aus Berlin). ⊙ 4.30: Konzert. Mitw.: Sangesvereinigung deutscher Kriegsbeschädigter, Dresden. Leit.: S. Berge, und das Leipz. Funkorch. Beethoven: Tramermarsch. — Chorgesang. — Schubert: Andante. — Der gute Kamerad. — Seidl: Die Sonne sank. — Jüngst: Hoch über den Sternen. — Liszt: Consolations. — Uthmann: Du fernes Land. — Plahbecker: Traumland. — Schulten: Abends. — Wagner: Karfreitagszauber. ⊙ 6.30: Dr. Hitzig: Von Tonika, Dominante und Unterdominante. ⊙ 7: Hans Bleyle: Rund um den Film. ⊙ 7.30: Peter Schmiedel: Hinter der Bühne vom Klingelzeichen bis zum letzten Aktschluß. ⊙ 8.15: Hörspiel, Gastspiel des Alten Theaters, Leipzig. „Das Grabmal des unbekannten Soldaten." Tragödie in 3 Akten von Paul Raynal. Pers.: Ein Soldat, der Vater, Ande (20 Jahre alt).

Montag, 14. März. 10.20: Bekanntgabe des Tagesprogramms. ⊙ 4.30: Leipz. Funkorch. Rossini: Ouv. Tankred. — Grieg: Peer Gynt-Suite. — Meyerbeer: Fant. Der Prophet. — Heidingsfeld: Totentanz. — Bayer: Walzer aus Puppenfee. — Strauß: Aus Die lustigen Nibelungen. ⊙ 6.05: Schach. ⊙ 7: Uebertr. aus der Städt. Oper, Berlin: „Margarethe". Oper in 5 Akten von Gounod. ⊙ 10.15: Tanzmusik.

Königswusterhausen. Montag, 14. März. 2.30: E. Burg-Görg: Bedeut. der Prüfungen der Deutsch. Landwirtsch.-Ges. für Land- u. Hauswirtschaft. ⊙ 4: Ob.-Stud.-Dir. Lenschau: Die Lage der höh. Schulen in der Gegenwart. ⊙ 4.30: Dr. Klopfer: Erziehungsberatung. ⊙ 5: E. Rebermann: Schach. ⊙ 6: Min.-Rat Dr. Kahl: Prakt. Erwägungen über den Holzeinschlag, mit bes. Berücksichtigung des diesjährigen. ⊙ 6.30: Stud.-Rat Friebel, Lektor Mann: Englisch für Anf.

Berliner Sender

Sonntag, 13. März. 9: Morgenfeier. Mitw.: Horst Feldt (Orgel), Streichorch., Willi Wendt (Violine), Käte Graber (Rez.), Fritz Wendt (Cello), Kirchenchor St. Petrus. ⊙ 12: Gedenkfeier. Volkstrauertag (Plenarsaal des Reichstags). Mitw.: Erkscher Männergesangverein. Rosleckscher Bläserbund. — Schlußworte des Präsidenten des Volksbundes „Deutsche Kriegsgräberfürsorge". ⊙ 1.15: Stunde der Toten. Gedächtnisrede: Arnold Zweig. — Rudi Stephan: Sechs Lieder (Nellie Heermann, Sopran). — Werke gefallener Dichter (Wina Lossen (Rezit.). ⊙ 2.30: Major a. D. von Rudolphi: Philatelie und allgemeine Bildung. ⊙ 3: Prof. von Lengerken: Einzellige Lebewesen als Krankheitserreger bei Haustieren. ⊙ 3.30: Funkheinzelmann. ⊙ 4: Einf. in der Oper im 14. März. ⊙ 4.30: Konzert. Mitw.: Wenneis (Orgel), Sabine Meyen (Sopran), Evel Stegmann (Cello). ⊙ 7: A. L. Müller: Geographische Merkwürdigkeiten. ⊙ 7.30: Dr. Mackensen: Zu welche Schule schicke ich mein Kind? ⊙ 7.55: Dr. Hoffmann-Harnisch: Die Frauen der deutschen Literatur (im Mittelalter). ⊙ 8.30: Dem Gedächtnis der Gefallenen. Goethe: Grenzen der Menschheit (Karl Ebert, Rez.). — Brahms: Tragische Ouv. D-moll op. 81. (Funkorch.) — Hölderlin: Schicksalslied. — Klopstock: Die frühen Gräber. Dem Erlöser (Ebert). — Raehler: Dem Verklärten. — Thucydides: Perikles' Rede für die Gefallenen (Ebert). — Wagner: Trauermusik aus der Götterdämmerung. (Funkorch.) — Claudius: Weine nicht. — Schiller: Hoffnung (Ebert). — Berger: An die großen Toten, op. 85 (für gem. Chor und gr. Orch.).

Spielhagen
Hauptgeschäft: Annenstraße 9
Filialen: Bautzner Str. 9, Galeriestraße 6
DEUTSCHE SCHAUMWEINE
Gaukler, Henkell, Feist, Kloß u. Förster, Söhnlein, Kupferberg, Bussard, Grempler, Burgeff, Math. Müller.
PREISWERT UND GUT.